

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“

Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

Universitätsmedizin Leipzig

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Planungsleistungen Technische Gebäudeausrüstung Elektro
„Süd 4 – Neubau BHKW, Rettungswache und
Interdisziplinäre Büro- und Seminarflächen“

VERFAHRENSBEDINGUNGEN, STUFE I



Stand: 28.04.2025

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“

Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

Inhaltsverzeichnis

1	VERFAHRENSGEGENSTAND, VERFAHRENSART UND VERFAHRENSABLAUF	3
1.1	VERFAHRENSGEGENSTAND	3
1.1.1	<i>Informationen zum Auftraggeber</i>	<i>3</i>
1.1.2	<i>Bauliche Entwicklungsplanung 2025</i>	<i>3</i>
1.1.3	<i>Bestandssituation</i>	<i>5</i>
1.1.4	<i>Beschreibung der Maßnahme</i>	<i>6</i>
1.1.5	<i>Zu erbringende Leistungen</i>	<i>8</i>
1.2	VERFAHRENSART UND VERFAHRENSABLAUF	8
1.3	VERGABEUNTERLAGEN	8
1.4	ZEITLICHE MEILENSTEINE DES VERFAHRENS	10
1.5	VERFAHRENSBETREUER	10
1.6	DATENSCHUTZ	10
1.6.1	<i>Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen für die Datenverarbeitung</i>	<i>11</i>
1.6.2	<i>Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (intern)</i>	<i>11</i>
1.6.3	<i>Zwecke für die Verarbeitung personenbezogener Daten und Rechtsgrundlage</i>	<i>11</i>
1.6.4	<i>Weitergabe personenbezogener Daten</i>	<i>11</i>
1.6.5	<i>Aufbewahrung und Löschung</i>	<i>11</i>
1.6.6	<i>Betroffenenrechte</i>	<i>11</i>
1.6.7	<i>Zuständige Aufsichtsbehörde für den Auftraggeber</i>	<i>12</i>
2	STUFE I: TEILNAHMEWETTBEWERB	13
2.1	BEWERBER- / BIETER- / ARBEITSGEMEINSCHAFTEN	13
2.2	AUSSCHLUSSGRÜNDE	13
2.3	FORM UND FRIST	13
2.4	EIGNUNGSKRITERIEN	14
2.4.1	<i>Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung – Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister gemäß § 44 Abs. 1 VgV</i>	<i>14</i>
2.4.2	<i>Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit – Jahresumsatz</i>	<i>14</i>
2.4.3	<i>Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit – Versicherungsnachweis</i>	<i>15</i>
2.4.4	<i>Technische und berufliche Leistungsfähigkeit – Anzahl der Beschäftigten</i>	<i>15</i>
2.4.5	<i>Technische und berufliche Leistungsfähigkeit – Referenzen</i>	<i>15</i>
2.5	EIGNUNGSLEIHE GEMÄß § 47 VgV	17
2.6	ERKLÄRUNG ZUR VERGABE VON UNTERAUFTRÄGEN	18
2.7	PRÜFUNG UND WERTUNG DER TEILNAHMEANTRÄGE	18
3	AUSBLICK AUF STUFE II	20
3.1	TERMINRAHMEN	20
3.2	KOSTENRAHMEN	20
3.3	LEISTUNGSMANDELT / -GRENZEN	20
3.4	ZUSCHLAGSKRITERIEN	21
4	ANLAGENVERZEICHNIS	22

1 VERFAHRENSGEGENSTAND, VERFAHRENSART UND VERFAHRENSABLAUF

1.1 Verfahrensgegenstand

1.1.1 Informationen zum Auftraggeber

Das Universitätsklinikum Leipzig blickt gemeinsam mit der Medizinischen Fakultät als zweitälteste deutsche Universitätsmedizin auf eine reiche Tradition zurück. Das Klinikum verfügt mit rund 1.450 Betten über eine der modernsten baulichen und technischen Infrastrukturen in Europa.

Zusammen mit der Medizinischen Fakultät ist es mit über 6.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber der Stadt Leipzig und der Region. Jährlich werden hier fast 400.000 stationäre und ambulante Patienten auf höchstem medizinischen Niveau behandelt.



Abb. 1: Übersicht Hauptstandort Universitätsklinikum Leipzig 2025

1.1.2 Bauliche Entwicklungsplanung 2025

Für die perspektivische Ausgestaltung der Rahmenbedingungen einer modernen Universitätsmedizin in Leipzig werden die Ziele der strategischen Ausrichtung stetig weiterentwickelt und in eine Bauliche Entwicklungsplanung überführt.

Die Bauliche Entwicklungsplanung 2025 (EP 2025) als Teil der Unternehmensstrategie der Universitätsmedizin Leipzig baut auf den strategischen und leistungsseitigen Zielstellungen auf und stellt in Fortführung der bisherigen Baulichen Entwicklungsplanungen die systematische Entwicklung der Flächen für Forschung und Lehre sowie der Krankenversorgung dar.

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“
Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

Ziel der EP 2025 ist es, eine zukunftsfähige Universitätsmedizin im innerstädtischen Bereich aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.

Auf Grundlage der seitens des Gewährträgers bestätigten EP 2025 werden sukzessive in mehreren Baufolgen die Ziele in bauliche Maßnahmen übersetzt und als jeweils eigenständiges Projekt entwickelt. Auf Basis der jeweiligen Projektdefinition finden die Abstimmungen zur Finanzierung mit den Gewährträgern statt. Mit Bestätigung durch den Gewährträger werden die Maßnahmen in eine Umsetzung überführt.



Abb. 2: Übersicht Bauliche Entwicklungsplanung 2025

1.1.3 Bestandssituation

Bei dem Baugrundstück für den geplanten Neubau handelt es sich um drei bisher unbebaute Flurstücke, welche unmittelbar an die Philipp-Rosenthal-Straße angrenzen. Diese umfassen eine Gesamtfläche von ca. 1.860 m². Nach aktuellen Informationen entsprechend Vermessungsauszug befinden sich im Baufeld versorgungstechnische Medien, u.a. eine baufeldquerende Fernwärmeleitung. Die Lage und Beeinflussung der vorhandenen Medien auf das Projekt muss im Zuge der Planung konzeptionell untersucht, ggf. auch mit externen Beteiligten abgestimmt sowie nach abschließender Klärung baulich angepasst werden.



Abb. 3: Auszug aus Vermessungsplan

Das Grundstück wird durch unterschiedlich genutzte Nachbarbebauungen umgrenzt. Im Osten befindet sich ein Gründerzeit-Gebäude, welches als Wohngebäude genutzt wird – die gleiche Nutzungsart haben die südlich angrenzenden Neubauten der Leipziger Wohnung- und Baugesellschaft mbH und das 16-stöckige Wohngebäude. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindet sich das Klinikgebäude für Dermatologie, die Kältezentrale des Universitätsklinikums und das denkmalgeschützte Gebäude „Rotes Haus“, welches derzeit das Leipziger Forschungszentrum für Zivilerkrankungen (LIFE) und das Integrierte Forschungs- und Behandlungszentrum (IFB) Adipositas Erkrankungen beherbergt.

In unmittelbarer Nähe zum Grundstück befindet sich die Haupteinfahrt für die klinischen Ver- und Entsorgungsdienstleister sowie die Zufahrt zur Notfallaufnahme.

1.1.4 Beschreibung der Maßnahme

Das Universitätsklinikum Leipzig AöR (UKL) plant den Neubau eines Gebäudes unter dem Projekttitel Süd 4 – Neubau BHKW, Rettungswache und Interdisziplinäre Büro- und Seminarflächen.

Das Baugrundstück besteht aus drei Flurstücken, welche dem UKL durch den Freistaat Sachsen überlassen wurden und demzufolge noch keine infrastrukturelle Erschließung vorweisen. Die Anbindung stellt somit einen Bestandteil der Maßnahme dar und erfordert eine konzeptionelle Untersuchung des Baugrundstückes, um eine medientechnische Ver- und Entsorgung des Neubaus abzusichern. Die Anbindung muss im Zuge des Planungsprozesses weiter abgestimmt und bautechnisch untersucht werden. Bei einer Anbindung über das Mittelspannungsnetz muss im Gebäude die hierfür entsprechende Energiezentrale in Abhängigkeit zu der Gebäudenutzung sowie die für die Gebäudenutzung notwendigen Anlagen untersucht und geplant werden. Mögliche Bedarfe einer Sicherheitsstromversorgung sind hierbei zu berücksichtigen und eine Bereitstellung im Rahmen der Baumaßnahme zu untersuchen. Je nach Dimensionierung der Anlagen müssen genehmigungsrechtliche Schritte, in Abhängigkeit zu der geplanten Gebäudenutzung insbesondere BHKW, betrachtet werden. Die Planung der BHKW-Technik wird durch einen separaten Fachplaner bearbeitet.

Nach Bereitstellung des Betriebsstroms für das Gebäude über eine eigene Mittelspannungsschaltanlage ist die Fernwirktechnik ebenfalls ein Bestandteil der Maßnahme.

Zur Daten- und Sprachkommunikations- bzw. Schwachstromversorgung ist im gesamten Gebäude eine strukturierte Verkabelung vorzusehen, welche gebäudeübergreifend, mittels LWL-Verkabelung an das Primäre- sowie Sekundäre- Rechenzentrum der UKL angeschlossen werden muss.

Des Weiteren ist eine Brandmeldeanlage gemäß dem noch zu erstellenden Brandschutzkonzept zu planen. Der Planer hat die Zertifizierung nach DIN VDE 14675 nachzuweisen. In diesem Zusammenhang ist die notwendige Brandfallsteuermatrix zu erstellen.

Die Einbindung der Brandmeldeanlage in das Management des UKL sowie auf die Aufschaltung auf die Leitstelle der Feuerwehr Leipzig ist mit zu planen.

Neben der notwendigen Anlagentechnik zur Ver- und Entsorgung soll innerhalb des Gebäudes als erster Bestandteil eine Energiezentrale mit BHKW in Zusammenarbeit mit den **Stadtwerken Leipzig** abgebildet werden. Diese soll die Sicherstellung der Verfügbarkeit der kritischen klinischen Infrastruktur auch bei Unterbrechungen der Strom- und Wärmeversorgung die Schadenslage über >>24h (Zielwert 72h) im Notbetrieb mit entsprechend hoher Verfügbarkeit der BHKW-Module absichern. Im Normalbetrieb soll die Anlage die generierten Energien dauerhaft in das Versorgungsnetz der Stadtwerke Leipzig einspeisen. Die notwendige Bereitstellung des Betriebsstroms für die BHKW-Anlage muss planungsseitig berücksichtigt werden.

Der zweite Bestandteil des Neubaus ist die Integration einer zukunftsfähigen Rettungswache sowie eine dazugehörige Fahrzeughalle – dies erfolgt in Zusammenarbeit mit der **Branddirektion Leipzig**, mit welcher u.a. die Aufschaltung des Funksystems besprochen werden muss. In bereits geführten Abstimmungen wurde die Ausführung von 4 Stellplätzen und dazugehörige Funktionsflächen avisiert, um eine entsprechende Betreuung sicherzustellen. Neben den vorgeschriebenen Nutzflächen, ist die Notwendigkeit einer Waschhalle erforderlich. Optional soll geprüft werden, ob ein weiterer Stellplatz ausgeführt werden kann.

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“

Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

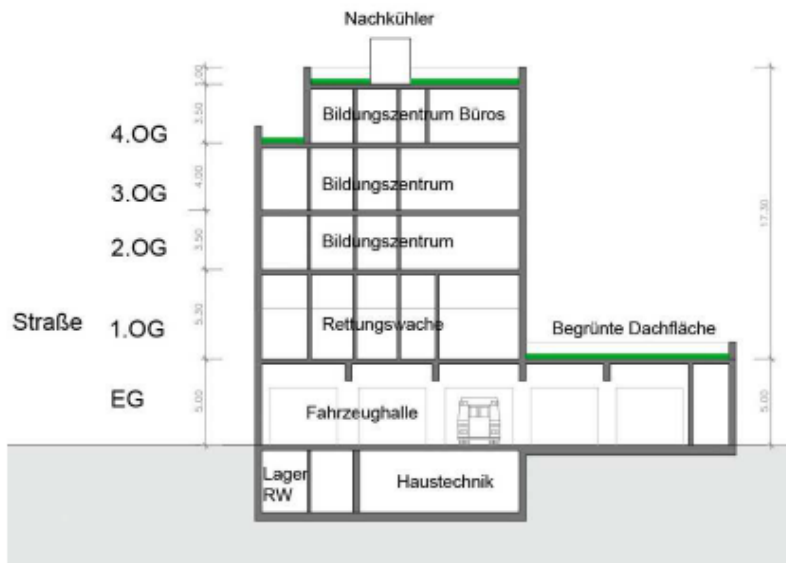


Abb. 4.1: Auszug aus Machbarkeitsstudie – Entwurf im Querschnitt

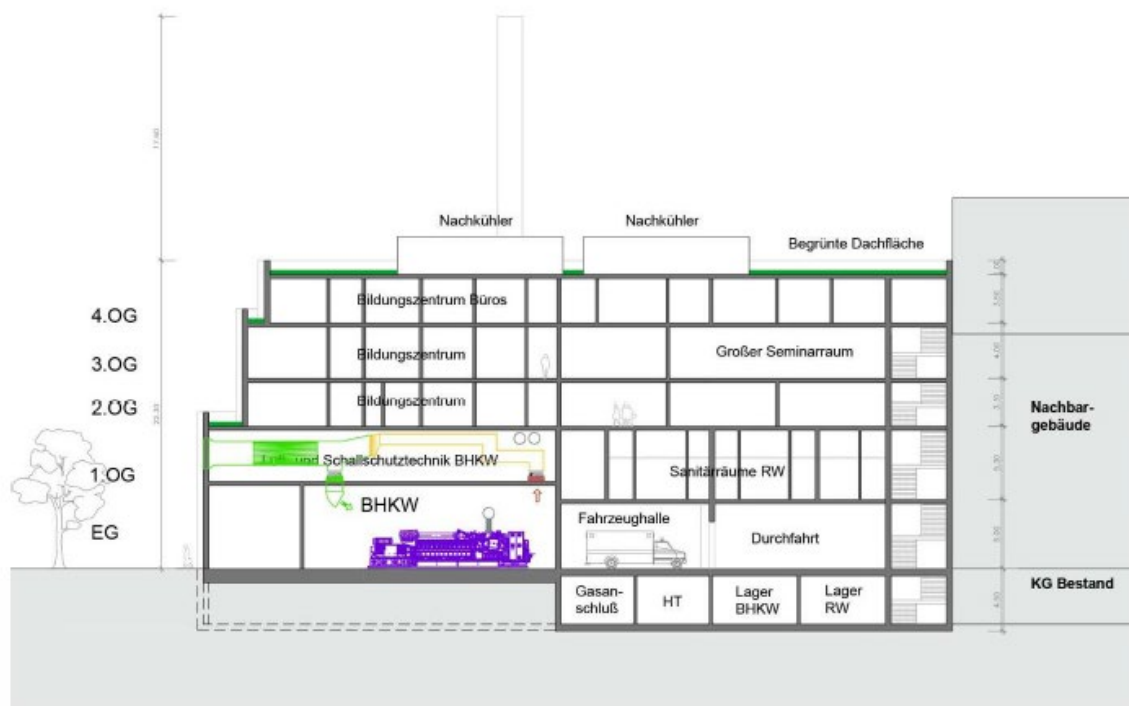


Abb. 4.2: Auszug aus Machbarkeitsstudie – Entwurf im Längsschnitt

Zusätzlich ist es notwendig, die Verkehrslogistik bei Rettungseinsätzen zu betrachten, um den öffentlichen Verkehrsraum im Fall von Rettungseinsätzen zu regeln. Hierzu wurde bereits im Zuge einer Machbarkeitsstudie über die Integration einer Ampelanlage nachgedacht. Weitere Betrachtungen und Abstimmungen müssen im Zuge des Planungsprozesses untersucht und bewertet werden.

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“
Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

Als dritter Bestandteil der Gebäudenutzung müssen interdisziplinäre Büro- und Seminarflächen abgebildet werden, um die Bildungsangebote des **UKL** in räumlicher Nähe zum Arbeitsort abbilden zu können. Diese umfassen neben der standardisierten Büronutzung Praxis- und Seminarräume, einen Seminarraum für ca. 120 Personen, ein Foyer und die entsprechend der Vorschriften notwendigen Nebenräume. Hierfür sind ebenfalls die Medientechnischen Ausstattungen für Konferenzsysteme zu planen.

1.1.5 Zu erbringende Leistungen

Über dieses Vergabeverfahren gesucht wird ein Auftragnehmer, der für die Durchführung der in Abschnitt 1.1.4 beschriebenen Maßnahme Leistungen gem. dem Leistungsbild Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung (Elektro) nach Teil 4 Abschnitt 2 der HOAI erbringt. Es sollen die Grundleistungen der LPH 1 bis 4 sowie die Grundleistungen der LPH 5 bis 9 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI bzw. Anlage 15 Nummer 15.1 zu § 55 Abs. 3 und § 56 Abs. 3 HOAI beauftragt werden (sog. stufenweise Beauftragung). Hinzu kommen besondere Leistungen.

Bestandteil der Leistung „ELT“ sind die folgenden Anlagengruppen:

- 4 „Starkstromanlagen“
- 5 „Fernmelde- und informationstechnische Anlagen“
- 6 „Förderanlagen“

Nähere Angaben zum Leistungsumfang und den Rahmenbedingungen der Leistungserbringung ergeben sich aus Abschnitt 3 dieses Dokuments.

1.2 Verfahrensart und Verfahrensablauf

Die Vergabe der verfahrensgegenständlichen Leistung „Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung Elektro“ erfolgt im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb.

Das Verfahren wird als zweistufiges Verfahren mit folgenden Stufen durchgeführt:

- Stufe I: Teilnahmewettbewerb
- Stufe II: Angebotsphase

Weiterführende Erläuterungen zu dem Verfahren befinden sich unter den nachfolgenden Abschnitten dieses Dokumentes.

1.3 Vergabeunterlagen

Die vom Auftraggeber elektronisch zu Verfügung gestellten Vergabeunterlagen für den Teilnahmewettbewerb (Stufe I) für diese Ausschreibung bestehen aus folgenden Dokumenten:

- a) Verfahrensbedingungen,
- b) *Bewerbungsformular* für den Teilnahmewettbewerb,
- c) Formular „*Deckblatt für die Bewerbung als Bewerbergemeinschaft*“,
- d) Formular „*Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen*“,
- e) Formular „*Eigenerklärung betreff der Sanktionen gegen Russland*“,
- f) Formular „*Verschwiegenheitserklärung*“,
- g) *Wertungsmatrix*

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“

Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

Für Stufe II des Verfahrens werden weitere Vergabeunterlagen an die Bieter übermittelt, dies erfolgt im Rahmen der Aufforderung zur Angebotsabgabe. **Die Unterzeichnung und Einreichung der Verschwiegenheitserklärung ist neben der bestandenen Eignungsprüfung Voraussetzung für die Teilnahme an Stufe II.**

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass die Bieter nach Erhalt der Vergabeunterlagen über die Vergabeplattform unverzüglich deren Vollständigkeit prüfen müssen. Enthalten die Vergabeunterlagen oder die sonstigen im Rahmen des weiteren Verfahrens zur Verfügung gestellten Unterlagen, Auskünfte oder Informationen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, die Einfluss auf die Erstellung der Teilnahmeunterlagen haben können, so ist der Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen.

Sämtliche eingereichte Unterlagen werden Eigentum des Auftraggebers und nicht an die Bieter zurückgesandt. Ein Ersatz für Kosten des Bieters für die Erstellung der Angebote und die Teilnahme an den Bietergesprächen wird nicht gewährt.

Die unter Ziff. a) genannte Unterlage ist im Rahmen des Vergabeverfahrens **nicht** einzureichen und verbleibt beim Bewerber/Bieter.

Zwingend im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs (Stufe I) einzureichen sind folgende Unterlagen:

- *Bewerbungsformular* für den Teilnahmewettbewerb,
- Referenzübersicht mit dazugehörigen Projektdatenblättern inkl. ergänzenden Informationen
- Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung – Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister gemäß § 44 Abs. 1 VgV
- Formular „*Eigenerklärung betreff der Sanktionen gegen Russland*“
- Formular „*Verschwiegenheitserklärung*“ (im Vorgriff auf Stufe II)
- falls erforderlich: Formular „*Deckblatt für die Bewerbung als Bergergemeinschaft*“
- falls erforderlich: Formular „*Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen*“
- falls erforderlich: „*Eigenerklärung betreff der Sanktionen gegen Russland*“ für Unternehmen, welches die Eignung leiht bzw. Unterauftragnehmer ist

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“
Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

1.4 Zeitliche Meilensteine des Verfahrens

Für den Ablauf des Vergabeverfahrens ist derzeit folgende zeitliche Planung vorgesehen:

Meilensteine des Verfahrens	Termine / Zeitraum
Bekanntmachung des Teilnahmewettbewerbs	28.04.2025
Eingang der Teilnahmeanträge	02.06.2025 (11:00 Uhr)
Auswertung	13.06.2025
Aufforderung zur Angebotsabgabe	vsl. 16.06.2025
Bieterfragen bis spätestens	14.07.2025
Eingang der Angebote	21.07.2025 (11:00 Uhr)
Auswertung	01.08.2025
Bietergespräche (Vergabeverhandlung)	04.08. bis 06.08.2025
Bei Bedarf: Abgabe finales Angebot	15.08.2025
Information über beabsichtigte Vergabe	22.08.2025

1.5 Verfahrensbetreuer

Das Vergabeverfahren wird im Auftrag des Universitätsklinikums Leipzig AöR durch einen externen Dienstleister betreut:

W2 ProjektManagement GmbH
John-Skilton-Straße 4b
97074 Würzburg

Darüber hinaus hat der Auftraggeber eine Rechtsberatung durch eine Rechtsanwaltskanzlei beauftragt.

1.6 Datenschutz

Der Auftraggeber führt ein Vergabeverfahren nach den §§ 97 ff. GWB, §§ 1 ff. VgV. Er verarbeitet im Rahmen der Vergabe der verfahrensgegenständlichen Leistungen personenbezogene Daten nach Maßgabe der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, die dem Auftraggeber von den Bewerbern / Bietern im Zuge der Beteiligung am Verfahren – insbesondere durch Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten – übermittelt werden. Vor diesem Hintergrund informiert der Auftraggeber über Folgendes:

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“
Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

1.6.1 Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen für die Datenverarbeitung

Universitätsklinikum Leipzig AöR Bereich 5, Bau und Gebäudetechnik Liebigstraße 18, Haus B 04103 Leipzig	
E-Mail:	Sandy.Koethe@medizin.uni-leipzig.de

1.6.2 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (intern)

Andreas F. Scholtz Universitätsklinikum Leipzig Liebigstraße 18, Haus B 04103 Leipzig	
E-Mail	dsb@uniklinik-leipzig.de

1.6.3 Zwecke für die Verarbeitung personenbezogener Daten und Rechtsgrundlage

Personenbezogene Daten werden vom Auftraggeber ausschließlich zu dem Zweck der Durchführung des Vergabeverfahrens auf Grundlage von Art 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. C, Buchst. e DSGVO i.V.m. §§ 122 ff. GWB verarbeitet.

1.6.4 Weitergabe personenbezogener Daten

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der Durchführung des Vergabeverfahrens verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder in die Übermittlung eingewilligt worden ist.

1.6.5 Aufbewahrung und Löschung

Teilnahmeanträge, Angebote etc. wie auch die dazugehörige Dokumentation des Vergabeverfahrens werden bis zum Ende der Laufzeit eines Vertrages aufbewahrt, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages. Abweichende Aufbewahrungszeiten in Rechts- und Verwaltungsvorschriften bleiben unberührt. Anschließend werden die Dokumente vernichtet bzw. gelöscht.

1.6.6 Betroffenenrechte

Jede betroffene Person hat auf Antrag verschiedene Rechte in Bezug auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten, insbesondere auf:

- Auskunft über die Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Berichtigung falscher Daten (Art. 16 DSGVO)
- Löschung nicht mehr benötigter Daten (Art. 17 DSGVO)

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“

Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten, die auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen (Art. 21 Abs. 1 DSGVO). Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei den Datenschutzaufsichtsbehörden nach Art. 77 DSGVO.

Informationen zu diesen Rechten erteilt Ihnen neben der unter Ziff. 1.6.7 genannten Aufsichtsbehörde auch der o.g. Datenschutzbeauftragte

1.6.7 Zuständige Aufsichtsbehörde für den Auftraggeber

Sächsische Datenschutz- und Transparenzbeauftragte	
<u>Postanschrift:</u> Postfach 11 01 32, 01330 Dresden	
<u>Hausanschrift:</u> Maternistraße 17, 01067 Dresden	
Telefon:	0351 / 85471 101
Email:	post@sdtb.sachsen.de

2 STUFE I: TEILNAHMEWETTBEWERB

2.1 Bewerber- / Bieter- / Arbeitsgemeinschaften

Bewerber- / Bieter- / Arbeitsgemeinschaften (nachfolgend auch: „BG“) sind grundsätzlich zugelassen und sollen zur Bewerbung, neben dem Bewerbungsformular, das Formular *„Deckblatt für Bewerbung als Bewerbergemeinschaft“* verwenden.

Für die Bewerbung als BG ist das als Teil der Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Deckblatt von den Mitgliedern der BG vollständig auszufüllen und mit den Bewerbungsunterlagen einzureichen. Neben dem Deckblatt hat zudem jedes Mitglied der BG das Bewerbungsformular gesondert und vollständig auszufüllen. Im Übrigen wird ergänzend auf die Hinweise in dem Dokument *„Deckblatt für Bewerbung als Bewerbergemeinschaft“* verwiesen mit der Bitte um Beachtung.

Auf die Möglichkeit zur Bildung von Bewerber- / Bieter- / Arbeitsgemeinschaften werden insbesondere junge Büros hingewiesen.

2.2 Ausschlussgründe

Es gelten sämtliche gesetzliche zwingende und fakultative Ausschlussgründe, insbesondere gemäß §§ 123 und 124 GWB. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass die Ausschlussgründe gemäß § 19 Abs. 1 MiLOG, § 21 Abs. 1 AEntG, § 21 Abs. 1 SchwarzArbG Anwendung finden. Als Nachweis hat der Bewerber das als Teil der Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular *„Bewerbungsformular“* zu verwenden.

Ein weiterer Ausschlussgrund besteht gemäß Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Als Nachweis hat der Bewerber das als Teil der Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular *„Eigenerklärung betreff der Sanktionen gegen Russland“* zu verwenden.

Auf § 48 Abs. 3 VgV wird verwiesen. Legt der Bewerber eine einheitliche Europäische Eigenerklärung nach § 50 VgV vor, so muss diese auch die Angaben enthalten, die für die Überprüfung erforderlich sind.

2.3 Form und Frist

Für den Teilnahmeantrag (Bewerbung) ist das in den Vergabeunterlagen vorgesehene Bewerbungsformular zu verwenden. Dabei ist beim Ausfüllen auf jeder Seite des Formulars in die dafür vorgesehene Kopfzeile der Name des Bewerbers einzutragen, so dass eine eindeutige Zuordnung gewährleistet ist.

Die Bewerbung ist in deutscher Sprache zu verfassen. Einem Schriftstück, welches in einer anderen Sprache abgefasst ist, ist eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer angefertigte Übersetzung beizufügen.

Die Abgabe des vollständigen Teilnahmeantrages (Bewerbungsformular einschließlich der dazugehörigen Nachweise, Erklärungen und sonstigen Unterlagen) ist ausschließlich unter dem in der Bekanntmachung mitgeteilten Link möglich. Hierfür ist eine einmalige, kostenfreie Registrierung auf der Vergabeplattform erforderlich. Eine elektronische Signatur ist nicht notwendig, es genügt die Textform. Die Integrität der Daten und die vertrauliche Behandlung des Teilnahmeantrages sind durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung sicher-

gestellt. Die Abgabe des Teilhmeantrages per Fax, per E-Mail oder schriftlich auf dem Postweg ist nicht zugelassen, gleiches gilt für die Verwendung der Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform – dies führt zum Ausschluss.

Sollten sich aus Sicht der Bewerber bzw. Bieter Nachfragen oder Unklarheiten in Bezug auf die Vergabeunterlagen ergeben, sind diese ausschließlich über die Vergabeplattform zu stellen. Fragen, die für jeden Bewerber von Bedeutung sind, und die jeweiligen Antworten darauf, stehen stets aktuell auf der Vergabeplattform allen Bewerbern zur Einsicht zur Verfügung. Bewerber/Bieter sind verpflichtet, sich regelmäßig und eigenverantwortlich über den jeweils aktuellen Stand auf der Vergabeplattform zu informieren und die dort zur Verfügung gestellten Informationen bei den einzelnen Verfahrensschritten zu berücksichtigen. Nachteile, die durch eine Nichtbeachtung der auf der Vergabeplattform eingestellten Informationen entstehen, gehen zu Lasten der Bewerber.

Die Bewerbungsfrist läuft am **Montag, den 02.06.2025, 11:00 Uhr (eingehend)** ab. Nach diesem Zeitpunkt eingehende Bewerbungen sind verspätet und werden nicht mehr berücksichtigt.

Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen des gemäß § 56 VgV zulässigen Umfangs fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Bewerbungsunterlagen binnen einer angemessenen Frist nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf eine Nachforderung besteht grundsätzlich nicht.

2.4 Eignungskriterien

2.4.1 Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung – Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister gemäß § 44 Abs. 1 VgV

Es ist eine Kopie der Anmeldungs- bzw. Eintragungsbescheinigung ins Berufs- und Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Heimatlandes einzureichen; andernfalls vergleichbarer Nachweis für die Existenz und den Gegenstand des Unternehmens des Bewerbers. Der Auszug aus dem Handelsregister/vergleichbarer Nachweis darf zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilhmeanträge nicht älter als 6 Monate sein.

2.4.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit – Jahresumsatz

Der durchschnittliche **gesamthafte** Jahresumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren (in EUR netto) soll für die Jahre 2022, 2023 und 2024 nachgewiesen werden. Für das Jahr 2024 ist der Umsatz zu schätzen. Mindestanforderung: Nachweis eines Mindestumsatzes i.H.v. 180.000 EUR netto pro Jahr.

Wie in der Wertungsmatrix dargestellt, wird der durchschnittliche **gesamthafte** Jahresumsatz von 380.000 EUR netto mit der höchsten Punktzahl angesetzt.

Der durchschnittliche **spezifische** Jahresumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren (in EUR netto) bezogen auf Planungsleistungen im Leistungsbild Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung Elektro gemäß §§ 55 ff. HOAI soll für die Jahre 2022, 2023 und 2024 nachgewiesen werden. Für das Jahr 2024 ist der Umsatz zu schätzen. Mindestanforderung: Nachweis eines Mindestumsatzes i.H.v. 90.000 EUR netto pro Jahr.

Wie in der Wertungsmatrix dargestellt, wird der durchschnittliche **spezifische** Jahresumsatz von 290.000 EUR netto mit der höchsten Punktzahl angesetzt.

Für die vorgenannten Angaben ist das Bewerbungsformular zu verwenden.

2.4.3 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit – Versicherungsnachweis

Der Bewerber muss erklären, dass er über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung bei einem in der Europäischen Union zugelassenen Haftpflichtversicherer mit einer Deckungssumme für

Personenschäden in Höhe von 3,0 Mio. EUR,

Sach-/Vermögensschäden in Höhe von 1,5 Mio. EUR

verfügt bzw. sich bereit erklärt, eine Haftpflichtversicherung mit den vorgenannten Deckungssummen im Auftragsfall abzuschließen und die Maximierung der Schadensregulierung innerhalb Deutschlands im Jahr mindestens das 2-fache der geforderten Deckungssummen beträgt. Als Nachweis hat der Bewerber das als Teil der Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formblatt „*Bewerbungsformular*“ zu verwenden.

2.4.4 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit – Anzahl der Beschäftigten

Das Mittel der Beschäftigten in den Jahren 2022, 2023 und 2024 soll nachgewiesen werden – unter einem Beschäftigten werden sowohl fest angestellte Mitarbeiter als auch freie Mitarbeiter verstanden. Inhaber oder Geschäftsführer werden soweit als Mitarbeiter gezählt, sofern sie neben den Geschäftsführungstätigkeiten auch projektbezogene Leistungen erbringen. Hinsichtlich der Zuordnung der Mitarbeiter sind jedoch folgende Kategorien zu unterscheiden: Führungskräfte, Projektleiter, Ingenieure, CAD-Konstrukteure, Bauleiter / Oberbauleiter und sonstige Mitarbeiter.

Für die vorgenannten Angaben ist das Bewerbungsformular zu verwenden.

2.4.5 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit – Referenzen

Jeder Bewerber muss geeignete Referenzen über bereits erbrachte Leistungen vorlegen. Die Projektreferenzen des Bewerbers müssen mit der dargestellten Maßnahme vergleichbar sein. Die Referenzen dürfen nicht älter als **zehn Jahre** sein (also nicht vor 04/2015 liegen). Mindestanforderung: Eine vergleichbare Referenz. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Bewerber nicht zwingend genau 3 Referenzen angeben muss. In diesem Fall werden nur die angegebenen Referenzen gewertet. Sofern vom Bewerber im Rahmen der Bewerbung mehr als drei Referenzen angegeben werden, werden zugunsten des Bewerbers die drei Referenzen gewertet, die nach der Wertung anhand der Wertungsmatrix die höchste Punktzahl erreichen.

Referenzkategorisierungen

Referenz 1 „Rettungswache“ sollte die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Erbringung LPH 2 bis 8, mindestens LPH 5 bis 8 muss im Referenzzeitraum liegen, LPH 8 muss nicht vollständig abgeschlossen sein (mindestens 80 % müssen erbracht sein)
- Rettungswachen, Rettungsleitstellen, Feuerwachen oder vergleichbar mit mindestens 5 Stellplätzen
- Anteil für Technische Anlagen (KG 400) von mindestens 1,5 Mio. EUR brutto

Referenz 2 „Technikgebäude“ sollte die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Erbringung LPH 2 bis 8, mindestens LPH 5 bis 8 muss im Referenzzeitraum liegen, LPH 8 muss nicht vollständig abgeschlossen sein (mindestens 80 % müssen erbracht sein)
- Technikzentralen, Energiezentralen, Trafostationen, Netzersatzaggregate, Betriebsgebäude mit hohem Technikanteil, sonstige Gebäude der Energieversorgung oder vergleichbar
- Anteil für Technische Anlagen (KG 400) von mindestens 0,5 Mio. EUR brutto

Referenz 3 „Bürogebäude“ sollte die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Erbringung LPH 2 bis 8, mindestens LPH 5 bis 8 muss im Referenzzeitraum liegen, LPH 8 muss nicht vollständig abgeschlossen sein (mindestens 80 % müssen erbracht sein)
- Bürogebäude, Seminargebäude, Verwaltungsgebäude mit Konferenzräumen oder vergleichbar
- Anteil für Technische Anlagen (KG 400) von mindestens 2,7 Mio. EUR brutto

Eine Referenz kann dabei für unterschiedliche Referenzkategorisierungen (Referenz 1 „Rettungswache“, Referenz 2 „Technikgebäude“ und Referenz 3 „Bürogebäude“) herangezogen werden – **hierzu muss die jeweilige Referenz mehrfach eingereicht werden**, damit eine Bepunktung erfolgen kann.

Die Wertung der eingereichten Referenzen wird wie folgt vorgenommen:

- Erfüllung aller vier Anforderungen = 5 Punkte,
- Erfüllung drei von vier Anforderungen = 3 Punkte,
- Erfüllung zwei oder weniger von vier Anforderungen = 1 Punkt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die eingereichten Referenzen – gemäß Wertungsmatrix – noch anhand folgender Wertungskriterien mit Zusatzpunkten bewertet, wenn die Eigenschaft in einer der eingereichten Referenzen erfüllt ist:

- Projekt eines öffentlichen Auftraggebers,
- im Klinikbereich / Krankenhausbau,
- Umsetzung eines BIM-Modells (Anwendung BIM-Modellierung),
- Mischnutzung in einem Projekt,
- Durchführung mit einem konventionellen Vergabekonzept (gewerkeweise Ausschreibungen nach VOB)
- Einsatz von Fördermitteln,
- hohe bauphysikalische Anforderungen (u.a. beengtes Baufeld, geringe Fläche für BE, beengte und besondere Anliefersituation, geringe Fläche für die Lagerung von Materialien, schwierige Stellung von Kränen, parallele Baumaßnahmen, Verkehr auf den umliegenden Straßen (insbesondere ÖPNV, Überschwenkbereiche))

Zum Nachweis der Referenzen sind eine Referenzübersicht sowie zugehörige Projektdatenblätter einzureichen, die mindestens die folgenden Angaben umfassen:

- Bezeichnung der Maßnahme mit kurzer Beschreibung,
- Investitionsvolumen in EUR brutto, davon auch Anteil für Technische Gebäudeausrüstung (KG 400),
- Benennung des Auftraggebers inkl. Anschrift,
- Leistungszeitraum mit Angabe der im vorgegebenen Referenzzeitraum (bis 04/2015) liegenden Leistungsphasen,
- Leistungsumfang: gesamthaft erbrachte Leistungsphasen nach HOAI,
- Angabe zu den in der Wertungsmatrix enthaltenen Wertungskriterien.

2.5 Eignungsleihe gemäß § 47 VgV

Ein Bewerber kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe), wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden.

Diesen Nachweis hat er durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des jeweiligen Unternehmens oder auf andere Weise zu erbringen. Soll der Nachweis in Form einer Verpflichtungserklärung erbracht werden, hat der Bewerber das als Teil der Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular „*Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen*“ zu verwenden und den Bewerbungsunterlagen entsprechend beizufügen.

Der AG überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Legt der Bewerber eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung nach § 50 VgV vor, so muss diese auch die Angaben enthalten, die für die Überprüfung erforderlich sind. Der AG schreibt vor, dass der Bewerber ein Unternehmen, welches das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllt oder bei dem Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen, innerhalb angemessener Frist ersetzen muss.

Ein Bewerber kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Diese Unternehmen müssen daher als Unterauftragnehmer angegeben und eingesetzt werden.

Nimmt ein Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so hat der Bewerber dem AG auf Anordnung eine Erklärung vorzulegen, wonach eine gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe besteht.

Die vorstehenden Regelungen gelten auch für Bewerbungsgemeinschaften.

2.6 Erklärung zur Vergabe von Unteraufträgen

Der Bewerber hat gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV anzugeben, welche Teile der Leistungen, in Bezug auf die Inanspruchnahme von Kapazitäten anderer Unternehmen, der Bewerber als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt.

Im Falle einer beabsichtigten Unterauftragsvergabe kann der AG vor Zuschlagserteilung von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, den/die Unterauftragnehmer konkret zu benennen und insbesondere durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung nachzuweisen, dass die erforderlichen Mittel des/der Unterauftragnehmer(s) zur Verfügung stehen.

Der AG überprüft vor Zuschlagserteilung gemäß § 36 Abs. 5 VgV, ob Gründe für den Ausschluss eines Unterauftragnehmers nach §§ 123 f. GWB vorliegen, und ob der Nachunternehmer für die von ihm zu übernehmenden Teile der Leistung denselben bekannt gemachten Eignungsanforderungen genügt wie der Bieter.

Der Bieter ist verpflichtet, bei der Einholung von Angeboten von Unterauftragnehmern kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen, Unteraufträge zu erteilen, wie dies mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung vereinbar ist, bei der Übertragung von Teilleistungen nach Wettbewerbsgesichtspunkten zu verfahren und dem Unterauftragnehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – zu stellen, als sie durch den Auftrag mit dem Bieter vereinbart würden.

2.7 Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge

Die Teilnahmeanträge werden in folgenden zwei aufeinander folgenden Stufen geprüft und ggf. in einer dritten Stufe gewertet:

- formale Prüfung
- Eignungsprüfung
- Wertung zur Verringerung der Bewerberzahl (sofern notwendig)

Formale Prüfung

Zunächst werden alle Teilnahmeanträge in formaler Hinsicht gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 i.V.m. Abs. 3 VgV geprüft.

Eignungsprüfung

Die Eignungsprüfung erfolgt ihrerseits in drei aufeinander folgenden Teilschritten:

- Fehlen von Ausschlussgründen
- Erfüllung der Mindestbedingungen
- Erfüllung der sonstigen Eignungsanforderungen

Der Auftraggeber prüft zunächst anhand der Erklärungen des Bewerbers, ob zwingende oder fakultative Ausschlussgründe vorliegen bzw. ob die ergriffenen Maßnahmen zur Selbstreinigung für ausreichend erachtet werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, über die Angaben im Formblatt hinaus weitere Auskünfte von den Bewerbern oder bei den zuständigen Behörden einzufordern.

Er prüft sodann, ob gestellte Mindestanforderungen eingehalten sind und ferner, ob die übrigen Angaben die gestellten Eignungsanforderungen erfüllen.

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“

Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

Wertung

Es ist beabsichtigt, das Verfahren mit **mindestens drei und höchstens fünf Bewerbern** auf der zweiten Stufe zu führen. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Eignungskriterien gemäß Wertungsmatrix zu hoch, wird die Auswahl durch Los getroffen. Sollten sich nur ein oder zwei Unternehmen bewerben, wird das Vergabeverfahren dennoch weitergeführt.

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“

Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

3 AUSBLICK AUF STUFE II

3.1 Terminrahmen

Folgende Meilensteine aus dem aktuellen Terminrahmen der Maßnahme sind vorgesehen und durch den späteren Auftragnehmer einzuhalten:

Planungsbeginn	September 2025
Vorlage BImSchG-Genehmigung	Dezember 2026
Baubeginn	November 2027
Bauliche Fertigstellung	August 2029
Innutzungnahme	Januar 2030

3.2 Kostenrahmen

Die erste Kostenermittlung, welche im Rahmen der Machbarkeitsstudie im März 2022 erarbeitet wurde, untergliedert sich inklusive Baupreisindex QIII/2024 wie folgt:

- KG 200 ca. 0,1 Mio. EUR brutto
- KG 300 ca. 10,7 Mio. EUR brutto
- KG 400 ca. 13,0 Mio. EUR brutto
(davon *Anlagentechnik BHKW* ca. 8,7 Mio. EUR brutto)
- KG 500 ca. 0,3 Mio. EUR brutto

3.3 Leistungsinhalte / -grenzen

Es handelt sich um folgenden Leistungsbestandteile

- Grundleistungen der Technische Gebäudeausrüstung gemäß §§ 55 ff. HOAI sowie zugehörige Anlage 15.1 zu § 55 Abs. 3 und § 56 Abs. 3 HOAI – für die Anlagengruppen 4, 5 und 6.

Neben Grundleistungen sind auch besondere Leistungen zu erbringen, die auf der 2. Stufe des Verfahrens näher beschrieben werden.

Auch wenn die Maßnahme einen hohen Technikanteil aufweist, verbleibt die Koordinations- und Integrationsleistung bei der Objektplanung.

Im Rahmen des Projekts wird Building Information Modeling (BIM) als integraler Bestandteil der Planung, Ausführung und Dokumentation eingesetzt, um die Qualität, Transparenz und Effizienz aller Projektphasen zu gewährleisten.

- Die **BIM-Gesamtkoordination** wird vom Objektplaner übernommen. Diese umfasst die Zusammenführung und Abstimmung der Fachmodelle, die Sicherstellung der modellbasierten Kommunikation sowie die Kontrolle auf Konsistenz und Kollisionsfreiheit der Planungsdaten.
- Das **BIM-Management** wird durch den Bauherren bereitgestellt. Es dient als übergeordnete Instanz zur Steuerung und Überwachung der BIM-Prozesse, zur Sicherstellung der Einhaltung der projektspezifischen Anforderungen sowie zur Koordination der Beteiligten in Bezug auf den modellbasierten Datenaustausch.

Als Grundlage für den BIM-Prozess werden durch den Bauherren **Auftraggeber-Informationsanforderungen (AIA)** bereitgestellt. Diese definieren die projektspezifischen Anforderungen an die Modellierung, den Detaillierungsgrad sowie die Datenaustauschformate. Sie bilden die Grundlage für die Erstellung des BIM-Abwicklungsplans (BAP) und sichern die zielgerichtete Anwendung von BIM während der gesamten Projektlaufzeit.

Der Einsatz von BIM soll sicherstellen, dass sämtliche Planungs- und Bauprozesse effizient gestaltet werden, die Qualität der Ergebnisse erhöht wird und eine nachhaltige Betriebsdokumentation gewährleistet ist.

Zusätzlich ist eine Nutzung des Issue-Managementsystems vorzugsweise BIM-Collab gewünscht, um eine Darstellung und Verfolgung von Problemstellungen im BIM-Modell zu erfassen und zu dokumentieren.

Für die Umsetzung des Auftrages werden folgende Mindestanforderungen gestellt, deren Einhaltung mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe (Stufe II) abgefordert wird:

- Projektleiter, stellv. Projektleiter und/oder Objektüberwacher mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung.

3.4 Zuschlagskriterien

Der Auftraggeber erteilt den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot gemäß der folgenden Zuschlagskriterien:

- | | |
|--|------|
| - Organisation, Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals: | 25 % |
| - Herangehensweise an das Projekt / Projektabwicklung: | 55 % |
| - Honorar: | 20 % |

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Technische Gebäudeausrüstung Elektro für die Maßnahme „Süd 4“

Vergabe-Nr.: 5P.350.04.730

4 ANLAGENVERZEICHNIS

Anlage 01_VgV	Bewerbungsformular
Anlage 02_VgV	Deckblatt für Bewerbung als Bewerbergemeinschaft,
Anlage 03_VgV	Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
Anlage 04_VgV	Eigenerklärung betreff der Sanktionen gegen Russland
Anlage 05_VgV	Verschwiegenheitserklärung
Anlage 06_VgV	Wertungsmatrix Stufe I